

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Carl Schölerer
Redaktion: Dresden, Poststraße 28/29

Verlagspreis: Bei best. postm. Zustellung monatlich 3.30 RM. (Schlüsselzahl 10 Wg. für Tages-
blätter, 2.00 RM. einschließlich 54 Wg. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) bei 7-mal
wöchentlichem Versand. Abrechnung 10 Wg., unterhalb 15 Wg. Abrechnung: Die
einzelnen 20 von Seite 33 Wg., für Ausland 40 Wg., die 20 von Seite 33 Wg., für Ausland
200 Wg., abh. Abrechnung 10 Wg., für Ausland 200 Wg., abh. Abrechnung 10 Wg., für
13 Wg., unterhalb 25 Wg. Offiziellgebühren 20 Wg. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Druck & Verlag,
Königsplatz 10, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdner Nachrichten) zulässig. Unrechtmäßig
Schneidung verboten nicht anzuwenden

Paul-Boncour setzt Herriots Politik fort

Die Furcht vor Deutschlands Aufrüstung

Paris, 22. Dez. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Paul-Boncour in der Kammer und Justizminister Herriot im Senat verlesen haben, geht von der Feststellung aus, daß weder dem Prestige der vorangegangenen Regierung noch das das Kabinett sein Augenmerk auf die Kontinuität richte, was auch in ihrer Zusammenfassung zum Ausdruck komme. Die Regierung wolle vorerst für Sanierung der Finanzen, Eindämmen des Defizits und Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts sorgen, also

Strenge Sparmaßnahmen

im Einvernehmen mit den zuständigen Kommissionen und interessierten Kreisen, Beamtenbesatz und ehemaligen Frontkämpfern treffen. Die zweite im Januar unter Stellung der Vertrauensfrage eine erste Reihe der notwendigen Spar- und Reformmaßnahmen zur Anwendung bringen. Nähere Angaben über eine etwaige Herabsetzung der Gehälter und Pensionen enthält die Regierungserklärung nicht.

Die zweite Aufgabe der Regierung sei die allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage.

Die gegenwärtig ähnerl vermittelte innerpolitische Lage in den Vereinten Staaten gebiete, die Kammerabstimmung vom 12. Dezember klar anzusetzen, außer in vorsichtiger Weise zu führen. Dankbar müsse man anerkennen, daß man sich auch in Washington ernsthaft bemüht habe, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Die französische Regierung werde die Verhandlungen in der besten Absicht führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die dem Wirtswort ein Ende mache, der den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau infolge der Last der zwischen den Nationen schwebenden Schulden der Welt der Welt. Gleichzeitig werde die Regierung ein Einverständnis mit den Staaten, an die Frankreich durch ein gemeinsames Ziel gebunden sei, und ohne direkte Verhandlungen gegen einen Dritten, geknüpft auf die wirksame Freundschaft Englands und in dem Wunsch, jede Schwierigkeit zu beseitigen, die mit den Völkern bestehen könnten, mit denen Frankreich eine alte Kultur und nahe Beziehungen verbindet, sich bemühen.

andere internationale Verhandlungen

zu einem guten Abschluß zu bringen. Auch sie drängten,

von ihnen hänge zum größten Teil die Lösung der Krise ab, die die tiefere Ursache der budgetären Schwierigkeiten Frankreichs sei. Diese Krise sei nämlich nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer Art, geboren aus der internationalen Beunruhigung und den Mißverständnissen und Rivalitäten unter den Völkern.

Die vorangegangene Regierung habe sich erfolgreich bemüht, die Abrüstungskonferenzen aus der Unklarheit und Langsamkeit, in der sie zu verfallen drohte, zu befreien. Die Regierung werde dieses Werk fortsetzen. Es sei ein konstruktiver Plan eingebracht worden, der in praktischen Formeln die notwendige Verbindung zwischen der Abrüstung und der Sicherheit herstellt habe, um die andere auszuhalten oder aufzuheben. Die Regierung werde den Plan verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis sei erreicht:

Auf die Abrüstungskonferenzen sei ein großes Land zurückgekehrt, dessen Anwesenheit notwendig sei, um der abzuschließenden Konvention und den Garantien und Kontrollmaßnahmen, die deren Folge sein müßten, ihre volle Wirksamkeit zu verleihen.

Die Regierung werde darauf achten, daß man auch der loyalen Anerkennung einer Gleichberechtigung in der Gleichheit der Pflichten und in einer politischen Transaktion der internationalen oder wenigstens europäischen Sicherheit nicht Konzessionen mache, die auf eine mit dem Zweck der Konferenz, sowie mit den Friedensverträgen unvereinbare Aufrüstung abzielen würde.

Die Regierungserklärung verweist eine bessere Organisation und einen wirksamen Schutz für die nationale Landwirtschaft und soziale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die erforderlichen Vorarbeiten seien auf internationaler Ebene zu suchen. Deshalb werde die Regierung nationale Maßnahmen zu ergreifen, die die Produktion der für Januar nach dem einberufenen Vorbereitungsausschusses ihre volle Unterstützung gewähren. Für die Rationalisierung der Produktion sei auch die Einführung von Tarifverträgen notwendig, wobei die Rechte der Arbeiterschaft voll garantiert werden müßten.

Die Erklärung Paul-Boncour wurde mit mächtigem Beifall von der Mitte und von der Rechten und mit Zurückhaltung von der Linken aufgenommen.

150 Stimmen Mehrheit für Paul-Boncour

Paris, 22. Dezember. Die französische Kammer hat der Regierung Paul-Boncour mit 165 Stimmen gegen 215 Stimmen bei einigen Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen; die Mehrheit beträgt somit 150 Stimmen.

Die auf die Regierungserklärung folgende Kammerausprache verlief zunächst rechtlich eintönig. Dann erhielt sie jedoch großes Interesse auch für Deutschland, als Oberst Fabry von der Fraktion Lardieu seine Interpellation auf die Abrüstungskonferenz vorlegte. Er stellte die Frage der Gleichberechtigung laute er, gestützt auf die Abrüstungskonferenz, die die Abrüstung fördern habe man von einer mit schweren Geschützen und Tanks ausgerüsteten Reichswehr gesprochen. Morgen werde man von Beschlüssen in der demilitarisierten Zone reden, fürum mit der Gleichberechtigung schließlich kommen.

Die allgemeine Abrüstung sei eine Utopie. Sie würde die Hegemonie des Reiches und Stärken bedeuten.

Solange keine internationale Streitigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit vorhanden sei, müßten der Abrüstung Schutzmaßnahmen vorausgehen. Für Deutschland bedeute Abrüstung die Abhängigkeit. Die Abrüstungskonferenz sei ein Konstruktionsplan für Paul-Boncour an dem konstruktiven Plan sich werde Paul-Boncour an dem konstruktiven Plan sich halten. Deutschland trete in dem konstruktiven Plan teil. Deutschland trete in dem konstruktiven Plan teil. Deutschland trete in dem konstruktiven Plan teil.

daß er und seine Freunde der Regierung das Vertrauen nur aussprechen könnten, wenn die Militärausgaben Frankreichs auf einer mit der Sicherheit zu vereinbarenden Höhe erhalten würden.

Nach ihm kritisierte der Abgeordnete Louis Marin sofort die Zusammenfassung des Ministeriums, das nur aus Personen bestehe, die für die Schuldzahlung an Amerika gestimmt hätten. Ministerpräsident Paul-Boncour antwortete auf die verschiedenen Interpellationen. In den Ausführungen Fabrys sagt er, sei wesentlich für das auf der Abrüstungskonferenz die sichere Abrüstung. Die Abrüstungskonferenz habe den sicheren Abrüstung. Die Abrüstungskonferenz habe den sicheren Abrüstung. Die Abrüstungskonferenz habe den sicheren Abrüstung.

Paul-Boncour's Start

Obwohl man auch in Frankreich, dem Vaterland der modernen Demokratie, bereits über ihr Verlangen liegt — der frühere Präsident Doumergue hat kürzlich diese Feststellung gemacht —, funktioniert dort der äußerliche Apparat immer noch befriedigend. Am Sonntag hat der neue Regierungschef Paul-Boncour sein Kabinett gebildet, am Donnerstag trat er mit der Regierungserklärung vor die Kammer, nicht um sich tolerieren zu lassen, sondern um ein positives Vertrauensvotum zu bekommen. Somit aber bestanden manche Schwierigkeiten mit dem Kabinett Schlicher in Deutschland. Wie dieses in seiner Zusammensetzung eine Regierung Papen ohne Papen ist, so stellt auch Paul-Boncour Kabinett eine Fortsetzung der Regierung Herriot ohne Herriot dar. Und wie Schlicher's Aufgabe darin besteht, die Fortsetzung des Papenprogramms unter besserer Anpassung an die politischen Verhältnisse durchzuführen, so muß auch Paul-Boncour die schon von Herriot eingeleitete Politik auf anderen Wegen zum Ziel zu führen versuchen.

Das Vertrauensvotum, das ihm die Kammer nicht verweigern wird, beugt nicht viel höher — auch hierin in Parallele zu den deutschen Verhältnissen — eine Antisozialist bis zum Januar, um dem neuen Ministerpräsidenten Geseandtheit zur Probe zu geben, wie er die Schwierigkeiten der Lage meistern will. Seine parlamentarische Grundlage ist so nicht härter, sondern eher noch schwächer als die Herriots, nachdem es auch ihm dem ehemaligen Sozialisten, nicht gelungen ist, die Sozialistische Partei zur Mitarbeit an seiner Regierung zu bewegen. Sie mißtraut dem Heberländer ins bürgerliche Lager sagt ihm aber noch nicht den Kampf an, sondern wartet ihre Stunde ab um inzwischen durch die Unentschiedenheit ihrer Stimmen auch außerhalb der Regierung einen maßgebenden Einfluß ausüben zu können. In dem Augenblick aber, in dem Paul-Boncour durch unpopuläre Maßnahmen, die sich nicht vermeiden lassen werden, den Sozialisten den geringsten Anlaß zur Unzufriedenheit gibt, werden sie sich mit feinen natürlichen Wehrem auf der Rechten vereinen und ihn mit derselben Mehrheit stützen, der Herriot ohne persönlichen Schaden im Konflikt um die amerikanische Schuldzahlung erlegen ist. Wenn aus allen diesen Gründen auch Paul-Boncour nur als der Platzhalter für Herriot gilt, so ist doch nach der Veranlassung und dem Charakter des gegenwärtigen Ministerpräsidenten nicht daran zu zweifeln, daß dieser sich mit allen Mitteln in die letzten Jahrzehnte erträumte und endlich errungene Machtposition verhalten wird.

Die Schuldenfrage, die seinem Vorgänger zum Verhängnis wurde, wird ihm dabei zunächst nicht einmal die größten Schwierigkeiten bereiten, weil sie sich historisch behandeln läßt. Die Washingtoner Kreise sind offenbar in Erwartung des neuen Herrn, befreit die französisch-amerikanische Spannung nicht durch Gegenmaßnahmen zu verschärfen. Die Mitteilung Stimmons an den französischen Botschafter Glandel, daß das Schahamt bereit sei, die französische Forderung auch noch nachträglich in Empfang zu nehmen, zeigt vielmehr den Willen, den Franzosen goldene Präden zu lassen und doch noch zu einer Vereinbarung zu kommen in der Richtung, daß Frankreich die verfallene Rate überweist als Abschlagszahlung auf eine Neuregelung der ganzen Schuldenfrage, deren Einzelheiten die Weltwirtschaftskonferenz festzulegen hätte. Da auch in Frankreich Herriots Ergebnis über die politische Isolierung als Folge der Zahlungsverweigerung allmählich an Boden gewinnt, dürfte es einem geschickten Politiker nicht schwer fallen, in einiger Zeit auch die Kammer zu einer Herberung ihrer Auffassung in der Schuldenfrage zu bewegen.

Wiel brennender und schwieriger ist die innerpolitische Finanzfrage, die angeht die Erbe in den Staatskassen und eines Haushaltsdefizits von über 20 Milliarden einer kurzfristigen Regelung bedarf. An dieser Stelle wäre auch Herriot mit viel unangenehmeren Folgen für seine politische Laufbahn geblieben, weil das Fiskalmittel der Geschäftszunahme, zu dem er Auskunft nehmen wollte, von den Sozialisten abgelehnt wird. Auch Paul-Boncour weiß kein Handwerkszeug, mit dem sich die fehlenden Milliarden ohne Belastung der Steuerzahler herbeischaffen lassen. Weil dieses Eisen zu heiß ist, hat er bei der Befehung des Finanzministeriums, des wichtigsten Postens im Kabinett, fünf Körbe an einem Zaun bekommen, bis er das Glas hatte, in Charon einen Mann zu finden, der nicht nur Erfahrung und Geschicklichkeit, sondern auch Vertrauen und Popularität mitbringt. Wir kennen den kleinen

Regierungserklärung auch in Brüssel

Brüssel, 22. Dez. Ministerpräsident de Broqueville verlas heute in der Kammer die Regierungserklärung. Einen besonders breiten Raum nahm darin die gegenwärtige Lage der Staatsfinanzen ein. Die Regierung hat in ihrer Erklärung ein Programm in Aussicht gestellt, die durch das Ausgabendeckelung, die Steuern erhöht und die Schulden konsolidiert werden sollen. Um eine unverzügliche Erhöhung mehrerer Steuern durchzuführen zu können, will die Regierung sich vom Parlament außerordentliche Vollmachten geben lassen. In ungewöhnlicher Weise werden in der Regierungserklärung die Befugnisse der Exekutivgewalt unterstrichen. — Zur Außenpolitik wird in der Regierungserklärung angekündigt, daß Belgien auch weiterhin an der Achtung des Friedens und an der Schaffung eines Systems der internationalen Sicherheit mitarbeiten werde. Insbesondere soll die Verteidigung der belgischen Grenzen gefördert werden.

Ugrarverordnung noch vor Weihnachten

Drabtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Dez. Die Veröffentlichung der am Mittwoch im Kabinett beschlossenen agrarpolitischen Maßnahmen, die für den Donnerstag erwartet wurden, hat sich nunmehr verzögert. An den zuständigen Stellen wird es damit begründet, daß noch sachliche, allerdings unwesentliche redaktionelle Änderungen an dem Text der entsprechenden Verordnungen vorzunehmen sind. Die vereinzelt aufgetauchte Annahme, daß die Beratung mit gewissen vom Reichswirtschaftsminister Warming ausgehenden Schwierigkeiten zusammenhänge, wird als unzutreffend bezeichnet. Es wird versichert, daß die Anordnungen, die in ihrem wesentlichen Inhalt bekannt sind, auf jeden Fall noch vor Weihnachten zur Veröffentlichung gelangen.

Heute: Der D.N.-Kraffahrt
Seite 9 und 10